

MERKBLATT FÜR DIE GEMEINDEN TIROLS
HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG,
ABTEILUNG GEMEINDEN
96. JAHRGANG / AUGUST 2023

Inhalt

34. ZWEITE DIENSTRECHTS-NOVELLE 2023.....	1
35. Öffentlich zugängliche Altstoffsammelzentren und Sammelstellen für Problemstoffe gemäß § 54 AWG 2002 - Information betreffend gefährliche Abfälle	4
36. Untersagung der Benützung einer Wohnung als Freizeitwohnsitz	6
37. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2023.....	8
38. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2023.....	10
Verbraucherpreisindex für Juni 2023 (vorläufiges Ergebnis)	11

34. Zweite Dienstrechts-Novelle 2023

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 05. Juli 2023 eine Novelle zum Gemeinde-Vertragsbediensteten-gesetz 2012, zum Gemeindebeamten-gesetz 2022 und zur Tiroler Reisegebührenvorschrift beschlossen (2. Dienst-rechts-Novelle 2023, LGBl. Nr. 61/2023). Die Novelle beinhaltet im Wesentlichen

- ☐ Bediensteten, die im Rahmen eines Schicht- oder Wechseldienstplanes einen zusätzlichen ungeplanten Dienst leisten, eine gesonderte Vergütung zu gewähren.
- ☐ die Möglichkeit für Bedienstete die Erstattung der Kosten eines Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr zu erhalten.
- ☐ den Verfall des Anspruches auf Erholungsurlaub nur für jenen Teil des Erholungsurlaubes, der trotz rechtzeitigem und unmissverständlichem Hinwirken durch den Dienstgeber nicht verbraucht wurde.

Im Übrigen wurden legislative Anpassungen, insbesondere zur Harmonisierung der einzelnen Dienstrechtsgesetze, vorgenommen.

Die folgenden Ausführungen gelten soweit nichts anderes ausgeführt wird für Vertragsbedienstete und Beamte gleichermaßen.

1. Pauschalvergütung für die kurzfristige Anordnung eines Schicht- oder Wechseldienstes
Ist es an einer Arbeitsstätte aus organisatorischen Gründen erforderlich, den Dienstbetrieb über die Zeit des Normaldienstplanes hinaus aufrecht zu erhalten, so ist es erforderlich, die Dienstzeiten der Bediensteten so auf die Tage der Woche zu verteilen, dass ein Bediensteter den anderen ablöst. Dies erfolgt, insbesondere im Bereich der Pflege, im Rahmen eines Schicht- oder Wechseldienstplanes, je nachdem, ob eine Ablöse ohne wesentliche zeitmäßige Überschreitung (Schichtdienstplan) oder mit wesentlicher zeitmäßiger Überschreitung (Wechseldienstplan) erforderlich ist.

Können Bedienstete aufgrund von Krankheit oder aus sonstigen Gründen ihren Dienst nicht antreten, so kann der Dienstbetrieb an dieser Arbeitsstätte nur aufrechterhalten werden, wenn andere

Bedienstete den jeweiligen Schicht- oder Wechseldienst übernehmen, somit für den Bediensteten, der seine Dienstleistung nicht erbringen kann, „einspringen“. Ist so ein Einspringen eines anderen Bediensteten kurzfristig erforderlich, so soll dies auch vergütet werden. Als kurzfristig gilt eine Anordnung zur Leistung eines zusätzlichen Schicht- oder Wechseldienstes, wenn diese innerhalb von 72 Stunden vor dem Beginn des jeweiligen Schicht- oder Wechseldienstes erfolgt. Diese Vergütung kommt zu den allfälligen sonstigen Ansprüchen, die aufgrund der Leistung des zusätzlichen Schicht- oder Wechseldienstes entstehen, wie insbesondere die Überstundenvergütung, hinzu.

Die Vergütung soll allen Bediensteten, unabhängig davon, ob sie ein öffentlich-rechtliches oder ein privatrechtliches Dienstverhältnis haben, und unabhängig davon, ob sie nach dem Alt- oder Neusystem entlohnt werden, gebühren. Voraussetzung ist jedoch, dass für sie ein Schicht- oder Wechseldienstplan gilt. Die Pauschalvergütung ist eine Nebengebühr, sodass für diese die geltenden Bestimmungen für Nebengebühren anwendbar sind.

2. Erstattung des Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr

Die derzeit geltenden Regelungen zum Fahrtkostenzuschuss wird durch die Möglichkeit der Erstattung eines Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr ergänzt. Damit soll das derzeitige System insbesondere ökologischer ausgerichtet und die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel durch die Bediensteten gefördert werden. Mit den neuen Bestimmungen soll den Bediensteten eine Wahlmöglichkeit zwischen zwei Alternativen geboten werden: Entweder die Inanspruchnahme der Erstattung eines Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr oder die Inanspruchnahme eines finanziellen Zuschusses zu den Fahrtkosten wie bisher.

Wie auch der Fahrtkostenzuschuss soll die Erstattung des Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr nur auf Ansuchen des Bediensteten erfolgen. Im Gegensatz zum Fahrtkostenzuschuss ist das Jahresticket für den öffentlichen Personennahverkehr jedoch nicht an, über das Ansuchen und den Nachweis des Kaufes hinausgehende, weitere Voraussetzungen wie eine gewisse Wegstrecke oder Regelmäßigkeit des Zurücklegens dieser Wegstrecke gebunden, sondern kann von sämtlichen Bediensteten in Anspruch genommen werden. Beim kostengünstigsten Jahresticket, das zur Benützung des öffentlichen Personennahverkehrs im gesamten Landesgebiet berechtigt, handelt es sich derzeit um das KlimaTicket Tirol. Für den jeweiligen Bediensteten können sich weitere Vergünstigungen ergeben, wobei klargestellt wird, dass immer nur die für den jeweiligen Bediensteten kostengünstigste Variante erstattet werden kann (z.B. KlimaTicket Tirol U26).

Das Ansuchen des Bediensteten um Erstattung eines Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr samt Nachweis des Kaufes hat möglichst noch vor dem Beginn der Gültigkeitsdauer zu erfolgen. Eine rückwirkende Gewährung der Erstattung kann für den ersten Monat der Gültigkeitsdauer erfolgen, wenn das Ansuchen bis zum Ablauf des ersten Kalendermonats der Gültigkeitsdauer gestellt wurde, ansonsten gebührt die Erstattung erst mit dem, dem Ansuchen folgenden Kalendermonat bzw. bei Ansuchen am Monatsersten ab diesem Tag.

Wie auch der Fahrtkostenzuschuss soll der Anspruch auf Erstattung des Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr monatlich in Höhe eines Zwölftels des zu erstattenden Kaufpreises entstehen. Zu den begleitend erlassenen reisegebührenrechtlichen Vorschriften wird festgehalten, dass, sofern dies beispielsweise aufgrund vermehrter Dienstreisen im dienstlichen Interesse erforderlich ist, der Kauf eines Jahrestickets angeordnet werden kann und dieses in weiterer Folge unter einmal zu erstatten ist.

Im Hinblick auf den Nachweis des Kaufes eines Jahrestickets wird die Möglichkeit geschaffen, auch über den Kauf eines Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr im gesamten Landesgebiet hinausgehende Jahrestickets (beispielsweise das KlimaTicket Österreich) als Nachweis vorzulegen. In diesem Fall kann jedoch lediglich der Kaufpreis des kostengünstigsten Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr im Landesgebiet erstattet werden.

Tatsachen, die für Änderungen oder den Wegfall des Anspruches von Bedeutung sind, sind binnen einer Woche schriftlich zu melden.

Die Erstattung des Jahrestickets ist eine Nebengebühr, sodass auch sämtliche für Nebengebühren geltende Bestimmungen zur Anwendung gelangen. Ein Anspruch auf Erstattung besteht somit nur für Zeiträume, für die auch ein Anspruch auf Gehalt bzw. Monatsentgelt besteht, was z. B. während eines Karenzurlaubes oder bei Beamten im Ruhestand nicht der Fall ist. Bei der Erstattung des Jahrestickets handelt es sich aber um keine pauschalierte Nebengebühr, weshalb die Anwendung insbesondere der Ruhensbestimmungen für pauschalierte Nebengebühren – wie beim Fahrtkostenzuschuss – gesondert normiert ist. Die Gewährung der Erstattung des Jahresticket für den Bediensteten bedingt auch die Einstellung eines allfällig bereits gewährten Fahrtkostenzuschusses.

Hinsichtlich allfälliger Dienstreisen ist zu beachten, dass der Bedienstete aufgrund der Erstattung des Jahrestickets durch den Dienstgeber keine Reisekostenvergütung geltend machen kann, da diese die Kosten der Personenbeförderung umfasst. Die Vergütung der Reisezulage bleibt hiervon unberührt.

3. Verfall des Anspruchs auf Erholungsurlaub:

In Entsprechung der Judikatur des Europäischen Gerichtshofes in den Rs C-619/16 (Kreuziger) und C-684/16 (Shimizu) soll ein Verfall des Anspruches auf Erholungsurlaub nur für jenen Teil des Erholungsurlaubes eintreten, der trotz rechtzeitigem und unmissverständlichem Hinwirken durch den Dienstgeber nicht verbraucht wurde.

Der Europäische Gerichtshof verweist in seinen Urteilen darauf, dass mit dem in Art. 7 der Richtlinie 2003/88 verankerten Anspruch auf Jahresurlaub nämlich der Zweck verfolgt wird, es dem Arbeitnehmer zu ermöglichen, sich zum einen von der Ausübung der ihm nach seinem Arbeitsvertrag obliegenden Aufgaben zu erholen und zum anderen über einen Zeitraum der Entspannung und Freizeit zu verfügen (Urteil vom 20. Juli 2016, Maschek, C 341/15, und die dort angeführte Rechtsprechung). Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88 sieht weiters vor, dass der bezahlte Mindestjahresurlaub außer bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht durch eine finanzielle Vergütung ersetzt werden darf. Dadurch soll gewährleistet werden, dass der Arbeitnehmer über eine tatsächliche Ruhezeit verfügen kann, damit ein wirksamer Schutz seiner Sicherheit und seiner Gesundheit gewährleistet ist (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 16. März 2006, Robinson-Steele u. a., C 131/04 und C 257/04, und die dort angeführte Rechtsprechung).

Die Verpflichtung des Arbeitgebers aus Art. 7 der Richtlinie 2003/88 geht allerdings nicht so weit, von diesem zu verlangen, dass er seine Arbeitnehmer zwingt, ihren Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub tatsächlich wahrzunehmen. In Anbetracht des zwingenden Charakters des Rechts auf bezahlten Jahresurlaub und angesichts des Erfordernisses, die praktische Wirksamkeit von Art. 7 der Richtlinie 2003/88 zu gewährleisten, ist der Arbeitgeber jedoch verpflichtet, konkret und in völliger Transparenz dafür zu sorgen, dass der Arbeitnehmer tatsächlich in der Lage ist, seinen bezahlten Jahresurlaub zu nehmen, indem er ihn – erforderlichenfalls förmlich – auffordert, dies zu tun, und ihm, damit sichergestellt ist, dass der Urlaub ihm noch die Erholung und Entspannung bieten kann, zu denen er beitragen soll, klar und rechtzeitig mitteilt, dass der Urlaub, wenn er ihn nicht nimmt, am Ende des Bezugszeitraums oder eines zulässigen Übertragungszeitraums verfallen wird.

Die Beweislast trägt insoweit der Arbeitgeber (vgl. entsprechend das Urteil vom 16. März 2006, Robinson-Steele u. a., C 131/04 und C 257/04). Ist der Arbeitgeber hingegen in der Lage, den ihm insoweit obliegenden Beweis zu erbringen, und zeigt sich, dass der Arbeitnehmer aus freien Stücken und in voller Kenntnis der sich daraus ergebenden Konsequenzen darauf verzichtet hat, seinen bezahlten Jahresurlaub zu nehmen, steht Art. 7 Abs. 1 und 2 der Richtlinie 2003/88 dem Verlust dieses Anspruchs und – bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses – dem entsprechenden Wegfall der finanziellen Vergütung für den nicht genommenen bezahlten Jahresurlaub nicht entgegen.

4. Weitere dienstrechtliche Anpassungen

a) Pflegekarenzurlaub

Die Inanspruchnahme einer Pflegekarenz wird durch die Möglichkeit erweitert, diese auch im Falle der Betreuung eines demenziell erkrankten nahen Angehörigen oder eines minderjährigen nahen Angehörigen in Anspruch nehmen zu können, sofern die zu betreuende Person einen Anspruch auf Pflegegeld nach den pflegegeldrechtlichen Vorschriften des Bundes hat. Zudem wurde die Wartezeit für die Inanspruchnahme des Pflegekarenzurlaubes von bisher zwei Monaten auf vier Wochen verkürzt.

b) Kinderbetreuungseinrichtungen

Die Begriffsdefinition der „Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres“ wurde im Hinblick auf die entsprechenden Begriffsdefinitionen im Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz, auf die in diesem Zusammenhang ohnehin verwiesen wird, aufgehoben. Dem Grundkonzept des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012 folgend wurde die Überstundenvergütung in der Kinderbetreuung dahingehend neu gefasst, dass für die rechtliche Qualifikation einer Überstunde des Vertragsbediensteten und deren Abgeltung bzw. Ausgleich grundsätzlich die allgemein geltenden Bestimmungen zur Anwendung kommen und nur dort eine Abweichung stattfinden soll, wo diese sachlich gerechtfertigt ist. Die Neufassung des § 109 des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012 dient dieser Klarstellung und führt zu keiner inhaltlichen Änderung der bisherigen Rechtslage.

c) Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit aufgrund des Alters

Aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes BGBl. I Nr. 11/2023 betreffend die schrittweise Anpassung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen kann es zu Fallkonstellationen kommen, bei der weibliche Vertragsbedienstete früher einen Anspruch auf Alterspension aufgrund des Erreichens des gesetzlichen Pensionsantrittsalters erreichen, als nach den zum Zeitpunkt des Abschlusses einer Altersteilzeitvereinbarung geltenden pensionsrechtlichen Regelungen zu erwarten war. Diesen Bediensteten soll es daher ermöglicht werden, die bestehenden Altersteilzeitvereinbarungen wie vereinbart fortzuführen oder früher, nämlich mit dem Erreichen des nunmehr vorgesehenen gesetzlichen Antrittsalters für die Alterspension, zu beenden.

d) Tiroler Reisegebührevorschrift

Im Hinblick auf die Bestimmungen zur Erstattung des Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr erfolgte auch eine Änderung der Tiroler Reisegebührevorschrift betreffend den Ersatz der Kosten für ein entsprechendes Jahresticket.

Dem Bediensteten, der noch über kein Jahresticket verfügt, kann somit neben einem Fahrausweis, der zur Tarifiermäßigung berechtigt, auch die Anschaffung eines Jahrestickets für öffentliche Verkehrsmittel vorgeschrieben und ersetzt werden. Auf Strecken, zu deren Benützung ein solches Jahresticket berechtigt, gebührt keine weitere Reisekostenvergütung. Die Gewährung einer Reisezulage bleibt hiervon unberührt.

35. Öffentlich zugängliche Altstoffsammelzentren und Sammelstellen für Problemstoffe gemäß § 54 AWG 2002 - Information betreffend gefährliche Abfälle

INFORMATION betreffend gefährliche Abfälle

Die Abt. Umweltschutz wurde kürzlich mit der Frage befasst, ob es zulässig ist, dass eine Gemeinde künstliche Mineralfaserabfälle (KMF-Abfälle) mit gefahrenrelevanten Fasereigenschaften am

Recyclinghof übernimmt, wenn die Genehmigung für den Recyclinghof entsprechend erweitert würde. Wir möchten dies zum Anlass für eine allgemeine Information an alle Gemeinden und Bezirksverwaltungsbehörden nehmen.

Bekanntlich ist im § 54 AWG 2002 normiert, dass die Errichtung, der Betrieb und eine wesentliche Änderung von öffentlich zugänglichen Altstoffsammelzentren und Sammelstellen für Problemstoffe einer Genehmigung der Behörde, konkret der Bezirksverwaltungsbehörde, bedürfen.

Aus § 54 AWG 2002:

(1) Die Errichtung, der Betrieb und eine wesentliche Änderung von

1. öffentlich zugänglichen Altstoffsammelzentren für Siedlungsabfälle und sonstige nicht gefährliche Abfälle, die in privaten Haushalten anfallen und in haushaltsüblichen Mengen übernommen werden, einschließlich jener, in denen eine Vorbereitung zur Wiederverwendung der gesammelten Abfälle durchgeführt wird oder

2. öffentlich zugänglichen Sammelstellen für Problemstoffe

bedürfen einer Genehmigung durch die Behörde, sofern sie nicht der Genehmigungspflicht gemäß den §§ 74 ff GewO 1994 unterliegen. Im Antrag ist darzulegen, dass die öffentlichen Interessen (§ 1 Abs. 3) nicht beeinträchtigt werden. Eine Einschränkung der Kapazität ist der Behörde zur Kenntnis zu bringen. Sofern eine oder mehrere in Anhang 5 Teil 1 genannte Tätigkeiten durchgeführt werden, unterliegt die Errichtung, der Betrieb und eine wesentliche Änderung der Genehmigungspflicht gemäß § 37.

(1a) Die Genehmigung des öffentlichen Altstoffsammelzentrums für Siedlungsabfälle umfasst auch die Lagerung von sonstigen nicht gefährlichen Abfällen, die im privaten Haushalt angefallen sind und in haushaltsüblichen Mengen übernommen wurden.

Was unter Altstoffen, Siedlungsabfällen, gefährlichen bzw. nicht gefährlichen Abfällen sowie Problemstoffen zu verstehen ist, ergibt sich aus den nachfolgend wiedergegebenen Definitionen im AWG 2002.

Aus § 2 Abs. 4 AWG 2002:

Im Sinne dieses Bundesgesetzes sind

1. „Altstoffe“

a) Abfälle, welche getrennt von anderen Abfällen gesammelt werden, oder

b) Stoffe, die durch eine Behandlung aus Abfällen gewonnen werden, um diese Abfälle nachweislich einer zulässigen Verwertung zuzuführen.

2. „Siedlungsabfälle“

a) gemischte Abfälle und getrennt gesammelte Abfälle aus Haushalten, einschließlich Papier und Karton, Glas, Metall, Kunststoff, Bioabfälle, Holz, Textilien, Verpackungen, Elektro- und Elektronik-Altgeräte, Altbatterien und Altakkumulatoren sowie Sperrmüll, einschließlich Matratzen und Möbel;
b) gemischte Abfälle und getrennt gesammelte Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen, sofern diese Abfälle in ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung Abfällen aus Haushalten ähnlich sind.

Siedlungsabfälle umfassen keine Abfälle aus Produktion, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Klärgruben, Kanalisation und Kläranlagen, einschließlich Klärschlämme, Altfahrzeuge und keine Bau- und Abbruchabfälle. Gemischte Siedlungsabfälle gelten auch dann weiterhin als gemischte Siedlungsabfälle, wenn sie einem Behandlungsverfahren unterzogen worden sind, das ihre Eigenschaften nicht wesentlich verändert hat.

3. „gefährliche Abfälle“ jene Abfälle, die gemäß einer Verordnung nach § 4 als gefährlich festgelegt sind.

3a. „nicht gefährliche Abfälle“ jene Abfälle, die nicht unter die Z 3 fallen.

4. „Problemstoffe“ gefährliche Abfälle, die üblicherweise in privaten Haushalten anfallen. Weiters gelten als Problemstoffe jene gefährlichen Abfälle aller übrigen Abfallerzeuger, die nach Art und Menge mit üblicherweise in privaten Haushalten anfallenden gefährlichen Abfällen vergleichbar sind. In beiden Fällen gelten diese Abfälle so lange als Problemstoffe, wie sie sich in der Gewahrsame der Abfallerzeuger befinden.

Um die eingangs aufgeworfene Frage zu klären, ist daher zu prüfen, ob es sich bei Mineralfaserabfällen mit gefahrenrelevanten Fasereigenschaften um gefährliche Abfälle handelt, die üblicherweise in privaten Haushalten anfallen, diese somit Problemstoffe sind. Nur dann könnten diese Abfälle im Rahmen der Problemstoffsammlung an einem Recyclinghof übernommen werden.

Dies ist jedoch nicht der Fall. Bei Mineralfaserabfällen mit gefahrenrelevanten Fasereigenschaften handelt es sich um gefährliche Abfälle, die nicht üblicherweise in privaten Haushalten anfallen. Diese sind daher keine Problemstoffe (siehe dazu auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie den Leitfaden „Künstliche Mineralfaserabfälle – KMF-Abfälle ab der Baustelle“ https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:3cf69765-1170-4268-9f8e-bb51d514110f/Leitfaden_KMF_Abfaelle_2019.pdf).

Demzufolge können diese gefährlichen Abfälle auch nicht im Rahmen einer Genehmigung gemäß § 54 AWG 2002 übernommen werden. Für die Lagerung dieser gefährlichen Abfälle ist eine eigene anlagenrechtliche Bewilligung (Lager für gefährliche Abfälle) gemäß § 37 AWG 2002 erforderlich, für deren Erteilung der Landeshauptmann zuständig ist.

Abgesehen von künstlichen Mineralfaserabfällen (KMF-Abfällen) mit gefahrenrelevanten Fasereigenschaften gilt dies selbstverständlich auch für alle anderen gefährlichen Abfälle, die nicht üblicherweise in privaten Haushalten anfallen und somit keine Problemstoffe sind.

Aus fachlicher Sicht wäre die Errichtung von Lagern für künstliche Mineralfaserabfälle (KMF-Abfälle) mit gefahrenrelevanten Fasereigenschaften zu begrüßen, da so die getrennte Sammlung gefördert und vor allem die unzulässige Entsorgung beispielsweise als Restmüll oder Sperrmüll verhindert werden könnte. Der Errichtung eines derartigen Lagers am Gelände eines Recyclinghofes stehen auch keine grundsätzlichen Hindernisgründe entgegen. Sollte ein derartiger Antrag gestellt werden, kann mit einer Delegation an die für den Recyclinghof zuständige Bezirksverwaltungsbehörde gerechnet werden.

Abschließend wird darauf aufmerksam gemacht, dass für die Aussortierung künstlicher Mineralfaserabfälle (KMF-Abfälle) mit gefahrenrelevanten Fasereigenschaften als Störstoffen, beispielsweise aus dem am Recyclinghof übernommenen Sperrmüll, keiner anlagenrechtlichen Bewilligung bedarf. Derartig aussortierte Störstoffe sind in der Folge einem befugten Unternehmen zu übergeben, die Übergabe ist in die Abfallbilanz aufzunehmen. Details zum sicheren Umgang mit solchen Abfällen können ebenfalls dem bereits angeführten Leitfaden des BMK betreffend KMF-Abfälle entnommen werden.

Mag.a Isabell Steurer
Abt. Umweltschutz

36. Untersagung der Benützung einer Wohnung als Freizeitwohnsitz

Der Verwaltungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 16. Juni 2023, RA 2023/06/0089 bis 0091-5, betreffend die Untersagung der Benützung einer Wohnung als Freizeitwohnsitz die Revision zurückgewiesen.

Mit dem angefochtenen Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichts Tirol von 19. Oktober 2022, LVwG-2022/32/1834-11, wurden die Beschwerden der Revisionswerber gegen den Bescheid der belangten Behörde Bürgermeister der Gemeinde K vom 31. Mai 2022, mit dem den Revisionswerbern die weitere Benützung des näher bezeichneten Objektes in K als Freizeitwohnsitz untersagt worden ist, als unbegründet abgewiesen. Darüber hinaus wurden die Beschwerden der Revisionswerber, mit denen sie den Bescheid insoweit bekämpften, als damit den jeweils anderen Revisionswerbern die weitere Benutzung des Objektes in K untersagt worden ist, als unzulässig zurückgewiesen.

Das Verwaltungsgericht hielt in seiner Begründung fest, dass die Revisionswerber britische Staatsbürger seien, die allesamt mit Nebenwohnsitz im gegenständlichen Objekt gemeldet sind. Die Erstrevisionswerberin sei im Sommer 2012 und der Zweitrevisionswerber am 31. Dezember 2016 in Pension gegangen. Seit der Pensionierung lebten sie etwa sechs Monate im Jahr im gegenständlichen Objekt. Konkret habe sich die Erstrevisionswerberin im Jahr 2020 insgesamt 220 Tage dort aufgehalten, der Zweitrevisionswerber 228 Tage und die Drittrevisionswerberin elf Tage. Im Jahr 2021 hielten sich die Erstrevisionswerberin und der Zweitrevisionswerber jeweils 176 Tage, von ca. Mitte Dezember bis ca. Mitte März sowie in den Monaten Juli und August in K auf. Die restliche Zeit ihres Aufenthaltes verteilt sich auf andere Monate. Während ihrer Anwesenheit in K pflegten sie freundschaftliche Kontakte zu mehreren Personen zumindest einmal pro Woche und bekämen Besuch von Verwandten aus England. Sie feierten Familienfeste in K wie zum Beispiel Weihnachten und die Hochzeit der Drittrevisionswerberin im Herbst 2022.

Die Erstrevisionswerberin und der Zweitrevisionswerber seien in England steuerpflichtig und verbrächten dort zumindest 120 Tage im Jahr. Außerdem seien sie im britischen Gesundheitssystem versichert und besäßen eine österreichische Zusatzversicherung. Die Erstrevisionswerberin und der Zweitrevisionswerber verfügten über einen Aufenthaltstitel „Artikel 50 EUV“ für die Dauer von fünf Jahren. Sie hätten in Österreich zwei PKW's angemeldet.

Für die Wohnung in K liege weder ein bescheidmäßig festgestellter noch ein baubewilligter Freizeitwohnsitz vor. Auch bestehe keine Ausnahmegewilligung im Sinne des § 13 Abs. 8 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 (TROG 2022). Unbeschadet der festgestellten Aufenthalte in K ergebe sich im Lichte der höchstgerichtlichen Rechtsprechung (mit Hinweis auf VwGH 28.6.2021, Ra 2021/06/0056), dass von einem deutlichen Übergewicht hinsichtlich der familiären Lebensbeziehungen der Erstrevisionswerberin und des Zweitrevisionswerbers in K nicht gesprochen werden könne. Insbesondere die Aufenthaltsdauer von lediglich einem halben Jahr führte nicht dazu, von einem ganzjährigen, mit dem Mittelpunkt der Lebensbeziehungen verbundenen Wohnbedürfnis sprechen zu können. Die Zusatznutzung durch die Drittrevisionswerberin wäre nur dann keine Freizeitwohnsitznutzung, würde der Wohnsitz für zumindest eine Person der Befriedigung eines ganzjährigen, mit dem Mittelpunkt der Lebensbeziehungen verbundenen Wohnbedürfnis dienen.

Dagegen haben die Revisionswerber Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof erhoben, deren Behandlung mit Beschluss abgelehnt und diese dem Verwaltungsgerichtshof zur Entscheidung abgetreten wurden. Nach Art. 133 Abs. 4 B-VG ist gegen ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtes die Revision zulässig, wenn sie von der Lösung einer Rechtsfrage abhängt, der grundsätzliche Bedeutung zukommt, insbesondere weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes nicht einheitlich beantwortet wird.

Die Revisionswerber haben zur Begründung ihrer Zulässigkeit vorgebracht, dass zur Frage der Definition des Freizeitwohnsitzes nach der Tiroler Bauordnung/dem Tiroler Raumordnungsgesetz im Zusammenhang mit einer Nutzung eines Objekts für die halbe Zeit des Jahres und auch mehr, wenn auch ein Teil der Lebensführung in einem anderen Land gegeben sei, keine Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes vorliege. Der Lösung dieser Frage komme grundsätzliche Bedeutung zu, weil davon auszugehen sei, dass sich derartige Fälle, wo es gelte, einen „Freizeitwohnsitz“ nach der Tiroler Bauordnung/dem Tiroler Raumordnungsgesetz näher zu definieren, häufen würden. Im Zusammenhang mit der Lösung dieser Rechtsfrage sei es auch von Bedeutung, inwiefern Personen, die ihr Berufsleben bereits hinter sich gelassen hätten, in den Begriff „Freizeitnutzung“ einzubinden seien.

Zu diesem Zulässigkeitsvorbringen verwies der VwGH auf die Begründung des hg. Erkenntnisses vom 13. März 2023, Ro 2023/06/0001, dem ein vergleichbarer Sachverhalt zugrundelag und aus welchem sich ergibt, dass es für das Vorliegen eines Freizeitwohnsitzes nach § 13 Abs. 1 TROG 2022 nicht erforderlich ist, dass an einem anderen Wohnsitz stärkere familiäre, soziale oder berufliche Beziehungen oder sonstige Anknüpfungspunkte bestehen.

Entscheidungsrelevant ist nur, ob der verfahrensgegenständliche Wohnraum der Befriedigung eines ganzjährigen Wohnbedürfnisses dient und dort der Mittelpunkt der Lebensbeziehungen liegt. Wenn in der hg. Rechtsprechung in diesem Zusammenhang das „deutliche Übergewicht der beruflichen und familiären Lebensbeziehungen“ (vgl. VwGH 28.6.2021, Ra 2021/06/0056 und 0057, mwN) genannt wird, dient dies der Feststellung des Mittelpunktes der Lebensbeziehungen. Liegt jedoch hinsichtlich des Aufenthaltes in der betreffenden Wohnung die Kombination aus einem ganzjährigen Wohnbedürfnis verbunden mit dem Mittelpunkt der Lebensbeziehungen nicht vor, ist von einem Freizeitwohnsitz im Sinn des § 13 Abs. 1 TROG 2022 auszugehen.

37. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2023

Die Tabelle gibt Auskunft über die den Tiroler Gemeinden zugewiesenen Abgabenertragsanteile, den Vergleich mit 2022 und die daraus resultierende Veränderung sowie die einzelnen Steuerarten.

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-44.017	-2.028.484	-1.984.467	4508,36
Lohnsteuer	26.218.163	28.057.730	1.839.567	7,02
Kapitalertragsteuer	5.543.550	5.257.787	-285.763	-5,15
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.207.690	466.164	-741.526	-61,40
Körperschaftsteuer	1.264.758	276.909	-987.849	-78,11
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	140	127	-13	-9,55
Stiftungseingangssteuer	14.936	-17.791	-32.726	-219,12
Bodenwertabgabe	-40.535	16.290	56.825	140,19
Stabilitätsabgabe	1.237	684	-553	-44,71
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	34.165.922	32.029.416	-2.136.506	-6,25
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	27.963.956	24.405.381	-3.558.575	-12,73
Tabaksteuer	1.800.205	1.813.133	12.928	0,72
Biersteuer	205.734	191.067	-14.667	-7,13
Mineralölsteuer	3.694.257	4.852.757	1.158.501	31,36
Alkoholsteuer	114.956	111.144	-3.812	-3,32
Schaumweinsteuer	1.098	1.521	423	38,50
Kapitalverkehrsteuern	11	0	-11	-100,00
Werbeabgabe	88.640	79.034	-9.606	-10,84
Energieabgabe	314.080	-58.541	-372.621	-118,64
Normverbrauchsabgabe	516.259	512.979	-3.280	-0,64
Flugabgabe	110.513	133.303	22.791	20,62
Grunderwerbsteuer	13.711.844	8.368.728	-5.343.115	-38,97

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	Veränderung
			in Euro	in %
Versicherungssteuer	1.187.358	1.281.623	94.266	7,94
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.436.881	2.432.556	-4.325	-0,18
KFZ-Steuer	15.675	12.444	-3.231	-20,61
Konzessionsabgabe	208.935	229.776	20.840	9,97
Summe sonstige Steuern	52.370.401	44.366.907	-8.003.494	-15,28
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	86.536.323	76.396.323	-10.140.000	-11,72

38. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2023

Die Tabelle gibt Auskunft über die den Tiroler Gemeinden zugewiesenen Abgabenertragsanteile, den Vergleich mit 2022 und die daraus resultierende Veränderung sowie die einzelnen Steuerarten.

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung in Euro	Veränderung in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	35.522.193	30.084.450	-5.437.743	-15,31
Lohnsteuer	216.075.262	224.875.354	8.800.092	4,07
Kapitalertragsteuer	24.164.635	24.821.582	656.946	2,72
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	9.822.588	4.465.650	-5.356.938	-54,54
Körperschaftsteuer	80.384.699	81.705.047	1.320.348	1,64
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	2.315	1.052	-1.263	-54,57
Stiftungseingangssteuer	314.803	158.962	-155.841	-49,50
Bodenwertabgabe	646.869	494.937	-151.932	-23,49
Stabilitätsabgabe	649.013	783.038	134.025	20,65
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	367.582.377	367.390.071	-192.306	-0,05
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	185.392.854	208.560.241	23.167.387	12,50
Tabaksteuer	13.554.383	13.350.737	-203.646	-1,50
Biersteuer	1.260.851	1.242.136	-18.715	-1,48
Mineralölsteuer	28.579.404	27.325.259	-1.254.145	-4,39
Alkoholsteuer	1.130.684	1.145.191	14.507	1,28
Schaumweinsteuer	12.604	10.314	-2.290	-18,17
Kapitalverkehrsteuern	4.097	37	-4.060	-99,10
Werbeabgabe	729.177	683.924	-45.253	-6,21
Energieabgabe	6.396.612	-743.243	-7.139.855	-111,62
Normverbrauchsabgabe	2.468.614	3.033.479	564.865	22,88
Flugabgabe	590.944	943.568	352.625	59,67
Grunderwerbsteuer	119.544.985	89.643.145	-29.901.841	-25,01
Versicherungssteuer	9.380.653	9.911.853	531.200	5,66
Motorbezogene Versicherungssteuer	16.992.538	16.731.360	-261.178	-1,54
KFZ-Steuer	430.930	426.438	-4.493	-1,04
Konzessionsabgabe	2.025.190	2.100.693	75.503	3,73
Summe sonstige Steuern	388.494.520	374.365.133	-14.129.387	-3,64
Kunstförderungsbeitrag	89.801	89.372	-428	-0,48
Gesamtsumme	756.166.698	741.844.576	-14.322.122	-1,89
Zwischenabrechnung	29.486.125	-4.592.364	-34.078.489	-115,57
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	785.652.823	737.252.212	-48.400.611	-6,16

Verbraucherpreisindex für Juni 2023 (vorläufiges Ergebnis)

VERBRAUCHERPREISINDEX für	Mai 2023 endgültig	Juni 2023 vorläufig
Einkommen- und Vermögensteuern		
Index der Verbraucherpreise 2020 [□] Basis: Durchschnitt 2020 = 100	119,8	120,4
Index der Verbraucherpreise 2015 [□] Basis: Durchschnitt 2015 = 100	129,6	130,3
Index der Verbraucherpreise 2010 [□] Basis: Durchschnitt 2010 = 100	143,5	144,2
Index der Verbraucherpreise 2005 [□] Basis: Durchschnitt 2005 = 100	157,2	158,0
Index der Verbraucherpreise 2000 [□] Basis: Durchschnitt 2000 = 100	173,7	174,6
Index der Verbraucherpreise 1996 [□] Basis: Durchschnitt 1996 = 100	182,8	183,7
Index der Verbraucherpreise 1986 [□] Basis: Durchschnitt 1986 = 100	239,0	240,2
Index der Verbraucherpreise 1976 [□] Basis: Durchschnitt 1976 = 100	371,5	373,4
Index der Verbraucherpreise 1966 [□] Basis: Durchschnitt 1966 = 100	652,1	655,3
Index der Verbraucherpreise I [□] Basis: Durchschnitt 1958 = 100	830,8	835,0
Index der Verbraucherpreise II [□] Basis: Durchschnitt 1958 = 100	833,6	837,7

Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat Juni 2023 beträgt 120,4 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 0,6 Punkte (+ 8,0 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen.

Die Veränderungen im VPI sind auch auf der Homepage der Statistik Austria ersichtlich:
https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.ods

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,
 Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck